2015-03-12

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 18.02.2015

Sitzungsbeginn: **16:00 Uhr**
Sitzungsende: **19:26 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie

Fraktion der SPD

Müller, Angela

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm,** eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 41 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Auf Bitten einiger Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung verwies **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** auf die bestehende Disziplin in den Ausschusssitzungen. Das Schreiben der Protokolle werde durch massives Durcheinanderreden erheblich erschwert.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes verwies **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf die erfolgte Auszeichnung des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Lothar

Ehm, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande am 15. Januar 2015. Damit wurde sein langjähriges ehrenamtliches Engagement in und für unsere Stadt gewürdigt. Als Mitglied einer Bürgerinitiative gab Herr Ehm 1989 den Anstoß für die Abstimmung über den Abtransport von Waffen aus der früheren Magnetbandfabrik Dessau, seinem damaligen Betrieb. Er sorgte für die Einschmelzung des Waffenschrotts und dessen Einlagerung auf dem Hof der Kirche St. Peter und Paul. Ein von ihm gegründetes Kuratorium sammelte Spenden, um aus dem Schrott eine Friedensglocke gießen zu lassen. Sie ist seit 2002 Mahnmal für die friedliche Revolution. Seit 1990 engagiert er sich als Stadtrat in Dessau, seit 2007 in Dessau-Roßlau. Außerdem ist Herr Ehm seit 1994 Ortsbürgermeister von Dessau-Waldersee. Nach dem Hochwasser von 2002 kümmerte er sich maßgeblich um den Bau moderner Hochwasserschutzanlagen. Zudem engagiert er sich ehrenamtlich in seiner Kirchengemeinde und in der CDU.

Herr Oberbürgermeister Kuras gratulierte Herrn Ehm im Namen der Stadt Dessau-Roßlau zu dieser hohen Auszeichnung.

Bezüglich der Beschlussfassung der Tagesordnung **beantragte Herr Oberbürgermeister Kuras die Verweisung des Tagesordnungspunktes 8.4 Kooperationsvereinbarung** zur Errichtung und zum Betrieb des Bauhausmuseums Dessau in den **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung, da ein inhaltlicher und rechtlicher Zusammenhang zwischen der Kooperationsvereinbarung und der im nichtöffentlichen Teil stehenden Grundstücksangelegenheit zur Vergabe von Teilflächen im Bereich des Stadtparkes Dessau an die Stiftung Bauhaus bestehe. Er wolle des Weiteren über einige Inhalte aus der Stiftungsbeiratssitzung des Bauhauses vom 2. Dezember 2014 berichten, die ebenfalls nichtöffentlich war, aber deren Aussagen heute von Bedeutung sind. Weiterhin zog Herr Oberbürgermeister Kuras den **Tagesordnungspunkt 8.9 Gesamtmaßnahmebeschluss Ersatzneubau Schwimmhalle in Dessau-Roßlau zurück.** In der gemeinsamen Beratung des Bau-, Kultur- und Finanzausschusses am 27.01.2015 wurden, insbesondere von Herrn Stadtrat Weber, Bedenken zur rechtlichen Zulässigkeit der Fassung eines solchen Maßnahmebeschlusses in der Phase der vorläufigen Haushaltsführung geäußert. Das war für die Verwaltung Anlass einer genaueren Prüfung, die zu dem Ergebnis geführt hat, dass tatsächlich nicht alle rechtlichen Zweifel ausgeräumt werden können. Einschlägig sei hier insbesondere die Interpretation des § 104 des Kommunalverfassungsgesetzes mit den Bestimmungen zur vorläufigen Haushaltsführung. Auch bei sogenannten Fortsetzungsmaßnahmen, um die es sich hier handelt, wird eine Rechtsverpflichtung als zwingende Voraussetzung gesehen, an der es hier mangelt. Er schlage deshalb vor, eine Verfahrensweise zu wählen, die mit der Abfolge der Haushaltsberatungen konform geht.

Nach der Einbringung des Haushaltes am 25. März 2015 folgen mehrere Sitzungen des Haushaltsausschusses. Am 29. April 2015 soll der Haushalt beschlossen werden. In der gleichen Sitzung würde dann die Beschlussfassung über die Gesamtmaßnahme Schwimmhalle (nach der Beschlussfassung des Haushaltes) erfolgen. Die Zeit dazwischen werde genutzt, um einer noch ausstehende Verpflichtung nachzukommen, die von einigen Stadträten angemahnt wurde und zwar die Ermittlung und Benennung der Folgekosten. Nach § 11 der Gemeindehaushaltsverordnung ist die Folgekostenabschätzung gefordert. Er halte diese, auch im Hinblick auf die betrachteten Varianten, für durchaus entscheidungsrelevant. Die Planungen müssen

dann forciert werden, um die geplante Beantragung der Fördermittel im Sommer realisieren zu können. Die Maßnahme insgesamt sei durch diese Vorgehensweise nicht gefährdet.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, der Tagesordnungspunkt 8.4 wird im nichtöffentlichen Teil als Punkt 9.2 behandelt.

Der **geänderten Tagesordnung** wurde mit den vorgetragenen Änderungen mehrheitlich **zugestimmt** (39:01:05).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.12.2014

Mit dem Hinweis von **Frau Benkenstein, Fraktion AfD,** dass die Einweihungsfeier des Hortes der evangelischen Grundschule am 7.11.2014 und nicht 2013 (Seite 5) stattfand, wurde die Niederschrift mehrheitlich genehmigt (44:00:01).

4 Berichte des Oberbürgermeisters
4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete über folgende Ereignisse:

Am 19. Dezember 2014 erfolgte der Spatenstich in der DVV für die Realisierung eines Warmwasserspeichers am Kraftwerk. Mit dieser Investition soll die Energiewende gemeistert werden, indem mehr Flexibilität im Energiemanagement der Stadtwerke möglich wird.

Am 21. Januar 2015 fand eine Informationsveranstaltung zum Bauhausmuseum in der Bauhausaula mit einer guten Resonanz statt. Die Veranstaltung habe zu einem höheren Informationsgrad in der Bevölkerung beigetragen.

Stadtmarketinggesellschaft

Die Arbeitsgruppe wurde gegründet. Mehrere Beratungen haben zwischenzeitlich stattgefunden. Im März können die erwarteten Unterlagen vorgelegt werden. Das nächste Treffen findet am 03. März 2015 statt. Interessierte Stadtratsmitglieder können ihre Teilnahme bekunden.

Gebraucht werde auch ein starkes **Binnenmarketing.** Die Bürgerinnen und Bürger müssen mehr mitgenommen und motiviert werden. Er sei zunehmend erschrocken darüber, wie pessimistisch nach wie vor ein nicht irrelevanter Teil unserer Bevölkerung ist. Dazu gebe es nur bedingt Anlass. Im Rahmen der sogenannten Fachkräfteallianz habe Frau Edner von der Agentur für Arbeit ein Arbeitsmarktmonitoring dargestellt, nach dem die Stadt Dessau-Roßlau in der Wirtschaft deutlich besser als das Umfeld ist. Das betreffe die Arbeitslosenquote, die Ausbildungsquote u. A. Das Amt für Statistik und Wahlen wurde gebeten, weitere valide Daten zusammenzustellen, um einen Gesamtüberblick zu erhalten, der dem zuständigen Ausschuss zukommen soll. Ihm schwebe dieses Jahr eine Art Binnenmarketing vor, in der vor allem die Potenziale unserer Stadt aufgezeigt werden. Dass auch die schlechten Dinge angesprochen werden sei wichtig, denn nur so können diese gelöst werden. Man dürfe

sich aber nicht von ihnen vereinnahmen lassen. Ein gleichgelagertes Projekt gebe es bei den Wirtschaftsjunioren, evtl. könne hier etwas gemeinsam gemacht werden. Aus der Wirtschaft und aus der Kultur gebe es ebenfalls klare Signale, wonach alle mit anpacken wollen, denn unsere Stadt habe viel zu bieten, was wir auch immer wieder von den neu Zugezogenen hören, weil sie einen unvoreingenommenen Blick auf die Stadt haben. Deshalb begrüße er auch Frau Dr. Perren, die mit ihrer Familie nach Dessau gezogen ist und sich offenkundig wohl fühlt.

Zur Neufassung der **Hauptsatzung** haben mehrere Beratungen stattgefunden, in denen sehr ausführlich über die Strukturen diskutiert und weitestgehend Einigung erzielt wurde. Die Ausschreibungen der Beigeordnetenstellen seien jetzt möglich und werden entsprechend vorbereitet.

Am **7. März 2015, dem 70. Jahrestag der Bombardierung unserer Stadt,** haben Neonazis erneut einen Trauermarsch in Dessau-Roßlau angekündigt. Viele Initiativen, Vereine, Bildungsträger, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, demokratische Parteien und Kulturinstitutionen sowie engagierte Einzelpersonen haben sich im Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE zusammengefunden, um mit einem demokratischen und friedlichen Kontrastprogramm dagegen zu stehen. So werden zahlreiche Kundgebungen, Mahnwachen, kulturelle Events und Bühnenprogramme organisiert. Als zentrale Protestelemente sind derzeit die 3. Auflage der Aktion EINE MENSCHENKETTE FÜR DESSAU-ROSSLAU und ein TOLERANZ-LAUF in der konkreten Vorbereitung. Zu einem demokratischen Stadtspaziergang am 7. März 2015 hat der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, eingeladen. Herr Oberbürgermeister Kuras bat darum, dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag zum Beitritt des Aufrufs des Netzwerkes Gelebte Demokratie zuzustimmen und sich aktiv am demokratischen Protest am 7. März zu beteiligen. Die Menschenkette wird mit einem Glockenläuten 14.00 Uhr geschlossen und bis 14.20 Uhr gehalten.

Das **Integrationskonzept** wurde forciert. Gegenwärtig wird an der Fertigstellung des ersten Entwurfes gearbeitet, der dann mit dem „Runden Tisch für Migration“ inhaltlich besprochen werden soll. Die Sitzung des „Runden Tisches für Migration“ wird am 26. März 2015 stattfinden. Entsprechende Einladungen werden ergehen sowie Ankündigungen in der Presse und im Amtsblatt erfolgen. Auch werden die entsprechenden Ausschüsse des Stadtrates mit dem Entwurf konfrontiert, um möglichst bald ein Integrationskonzept verabschieden zu können. Die Aufnahme von Flüchtlingen, so wie wir sie jetzt in spürbar erhöhter Zahl erleben, sei nur der erste Schritt. Die eigentliche Herausforderung sei die Integration. Hier bitte er die Stadträte um Mithilfe. Herr Oberbürgermeister Kuras hat am 23. Januar in der Staatskanzlei an dem sogenannten Asylgipfel teilgenommen. Dort wurde ausführlich über alle in diesem Zusammenhang stehenden Probleme diskutiert, ohne dass in jeder Einzelproblematik Lösungen gefunden werden konnten. Es ist die Etablierung von vier Arbeitsgruppen angekündigt worden, wo sich auch die Stadt beteiligen wird. Bisher, hier sei er dem Sozialdezernat sehr dankbar, ist die Aufnahme reibungslos gegangen, woran auch die DWG einen erheblichen Anteil habe. Dessau sei in gewisser Weise ein Beispiel für die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 3. Februar 2015 wurden 4 Frauen eingebürgert, die aus Ungarn, der Ukraine und aus Belgien stammen.

Kinder, Jugend & Soziales

Seit dem 1. Januar 2015 wird für Eltern über das Online-Portal Little Bird zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, sich im Internet einen tagaktuellen Überblick über das Platzangebot sämtlicher Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in unserer Stadt zu verschaffen und über das Online-Portal eine Betreuungsanfrage an die jeweilige Wunscheinrichtung zu stellen. Mit der Freischaltung dieses Portals macht unsere Stadt einen weiteren großen Schritt in Richtung Kinder- und Jugendfreundlichkeit.

Nach Fertigstellung der Generalsanierung der Friederikenschule, einschließlich des Schulhortes, erfolgte während der Winterferien der Umzug. Der Schul- und Hortbetrieb konnte am 16. Februar 2015 wieder aufgenommen werden. Aus dem Förderprogramm STARK III erfolgte für weitere 19 Schulen die Ausstattung mit Interaktiven Tafeln und Beamer-Technik für 117 Klassenräume mit der dazugehörigen Server- u. Netztechnik, sowie der Neubeschaffung von 120 PC-Schülerarbeitsplätzen einschließlich innovativer WLAN-Lösungen.

WLAN Markt

Zum WLAN-Projekt Zerbster Straße befinde man sich in der Endabstimmung. Die Wirtschaftsförderung hatte dieses Projekt angestoßen und es wird mit der Datel, der DVV und der DWG wahrscheinlich noch im 1. Halbjahr realisiert.

Sport

Folgende große Veranstaltungen fanden statt:

- Dessau Masters Cup, ein Hallenfußballturnier mit etablierten Bundesligavereinen und mit Ex-Profis am 28. Dezember 2014 mit ca. 1.300 Zuschauer.
- FORD-CUP, 16. Auflage des Hallenfußballturniers, auch hier waren größere Zuschauerzahlen zu verzeichnen.
- Peugeot-Cup, internationales Handballturnier am 18.01.2015 mit zahlreichen Erstliga-Mannschaften und 1.800 Zuschauern.
- Allianz-Cup, bestes U 11-Fußballturnier in Deutschland mit insgesamt 24 Mannschaften u.a. FC Chelsea London sowie MIP Tokyo aus Japan und 2.700 Zuschauern.
- 14. internationales Springermeeting am 11.02.2015 mit 1.500 Zuschauern

Kulturamt - Höhepunkte

- Der erste Band, der vom Stadtarchiv herausgegebenen dreibändigen Stadtgeschichte Dessau-Roßlau, ist im Mitteldeutschen Verlag erschienen. Die öffentliche Präsentation findet am 23.02.2015, 15.00 Uhr, in der Stadtsparkasse statt.

- Die Ausstellung „Sammeln und Zeichnen“ Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff wurde von 1.000 Gästen besucht. Diese Veranstaltung habe dazu gedient, Dessau-Roßlau im Ausland bekannter zu machen.

- Nach der Blockschließzeit im Monat Januar sind das Museum für Stadtgeschichte und das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte wieder für den Besucherverkehr geöffnet.
- Die Stadt Dessau-Roßlau hat keine Stelle im Bundesfreiwilligendienst zugewiesen bekommen. Im Kulturbereich bedeutet dies vor allem einen Einschnitt bei den Dienstleistungen in der Bibliothek. Ohne den Bundesfreiwilligendienst sind wir nicht in der Lage, den mobilen Besucherdienst aufrechtzuerhalten. Dies trifft vor allem Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt und nicht in der Lage sind, eigenständig die Bibliothek zu besuchen. Hier wird deutlich, dass wir das gesellschaftliche Engagement mehr stärken müssen, um den Service weiterhin anbieten zu können. Gemeinsam mit dem Jobcenter werde auch nach anderen Lösungen gesucht.
- Vom 29. bis 31. Januar 2015 fand zum zweiten Mal das Vokalrauschfestival in Dessau statt. Dank gilt den Initiatoren Herrn Daniel Barke und dem Beatclub. Insbesondere für die zahlreichen jugendlichen Mitwirkenden war es ein schönes Erlebnis. Die Schließung des Beatclubs in einigen Wochen stimme ihn jedoch nachdenklich. Damit würde wieder ein kulturelles Angebot für Jugendliche entfallen. Es gibt Bemühungen für dieses Jahr eine Lösung zu finden. Insgesamt müsse in Zukunft mehr für eine Erhaltung der Jugendkultur in unserer Stadt unternommen werden. Wahrscheinlich werde man zahlreiche Leute ansprechen, die hier engagiert sind und investiert haben, um nach Wegen zu suchen, wie gemeinsam die Jugendkultur gestärkt werden kann. Es sei leider so, dass viele Jugendliche die Angebote in Leipzig wahrnehmen, deshalb sei es der Anstrengung wert, sich zu bemühen, in Dessau-Roßlau Angebote vorzuhalten, die von den Zielgruppen angenommen werden.
- Am 20. Februar 2015 findet um 19.30 Uhr ein Festakt anlässlich 800 Jahre Roßlau in der ehemaligen Endmontagehalle des Elbewerks statt. Um 18:00 Uhr wird ein ökumenischer Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Roßlau stattfinden. Der Ministerpräsident hat sein Kommen zugesagt. Er hofft, viele Stadträtinnen und Stadträte zu diesem Anlass begrüßen zu können.
- Am 21. und 22. Februar 2015 findet in Roßlau die Eröffnung der Handwerkermesse statt.
- Mit einem Festakt wird am 27. Februar 2015 das Kurt-Weill-Fest eröffnet. Auch hier haben zahlreiche hochrangige Gäste und Künstler ihr Kommen angekündigt.

Wirtschaftsförderung

- Eine erfreuliche Veranstaltung fand am 04.02.2015 in der Schal*t*schrank GmbH in Dessau statt. *Nach einem langen Insolvenzverfahren wurden neue Gesellschafter gewonnen*.
- Am 11. Februar fand eine Sondersitzung des Aufsichtsrates der DVV statt. Ein Tagesordnungspunkt war die Beschlussfassung über den neuen Gesellschaftervertrag, der im Stadtrat bereits beschlossen wurde. Im Aufsichtsrat der DVV wurde er mit kleinen Änderungen beschlossen. Es werde jetzt auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht gewartet, um die endgültige Fassung erstellen zu können.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Stadtratssitzung am 17.12.2014 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Erteilung einer Konzession im Rettungsdienst,
- Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Dessau-Roßlau an Herrn Dr. Jürgen Neubert.

5 Vorstellung der Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau,. Frau Dr. Claudia Perren

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** begrüßte Frau Dr. Perren und erteilte ihr das Wort.

Frau Dr. Perren bedankte sich für die Einladung, ging auf ihre Person, den beruflichen Werdegang und ihre künftige Tätigkeit ein. Nachdem sie in Berlin und New York Architektur studierte, absolvierte sie in Zürich ein Masterstudium in Architekturgeschichte/Architekturtheorie und promovierte danach in Kassel. Gemeinsam mit ihrem aus der Schweiz stammenden Mann ist sie nach Australien ausgewandert und hat in Sydney im Fachbereich Architektur und Städtebau unterrichtet. Das System in Australien ist spontaner, so dass man Verschiedenes ausprobieren kann, auch die Forschung sei ein großer Bestandteil. Seit einem halben Jahr wohnt Frau Dr. Perren mit ihrer Familie in Dessau. Am Bauhaus galt es große Aufgaben anzugehen, wie das Museum und die Sicherstellung des Geldes vom Bund. Für die Zusammenarbeit mit den Zuwendungsgebern Land und Bund, aber auch mit der Stadt, die für den Wettbewerb auch Auslober ist, wurde ein guter Weg gefunden.

Zur Standortfrage Bauhausmuseum verwies Frau Dr. Perren darauf, wenn aus 13 betrachteten Standorten die 3 besten Standorte herausgefiltert werden, könne nicht gesagt werden, dass einer davon nicht geht. Aus verschiedenen Gründen sind es 2 Standorte nicht geworden. Zum einen, weil dort ein denkmalgeschütztes Haus steht und zum anderen, weil Häuser hätten abgerissen werden müssen, was in einer Stadt, die über 80 % im Krieg zerstört wurde, nicht die richtige Message sei. Durch den Standort im Stadtpark bekomme das Bauhaus die Chance, sich viel mehr auf die Stadt zu zubewegen. Damit meine sie den schwer zerstörten Teil, wo man auch heute noch das Gefühl hat, dass die Stadt nur schwer wieder zu sich selbst gefunden hat, denn manche Orte wirken wie eine Brache. Hier bestehe noch viel Handlungsbedarf und Potential, etwas zu entwickeln. Die Stiftung Bauhaus fühlt sich nicht nur für das Bauhausgebäude und die Meisterhäuser verantwortlich, sondern auch für die Laubganghäuser in Törten, die nach einem Arrondierungsantrag in die UNESCO Welterbeliste aufgenommen werden sollen, was eines der ganz seltenen Zeugnisse des zweiten Bauhausdirektors, Hannes Meyer, sei. Der Stadtpark werde auch als eine Scharnierfunktion gesehen, da man von dort aus schon auf dem halben Weg nach Törten ist. Es sei wichtig, die Bauten, die immer schon im Programm waren, aber wenig besucht wurden, in einem Mobilitätskonzept zusammenzufassen. Sie halte auch das ehemalige Arbeitsamt für eines der schönsten Gebäude von Gropius.

Da die seit 20 Jahren existierende Stiftung nicht einfach ein Museum nebenbei führen kann, müsse sich die Struktur der Stiftung verändern, was nicht nur nach außen, sondern auch nach innen schwierig sei. Allen in der Stiftung sei das bewusst, weshalb es gut ist, dass man noch 5 Jahr Zeit habe, um das gemeinsam anzugehen. Nach dem Bau des Museums werde es darum gehen, es zu bespielen und auf einem interessanten Level zu halten.

Zum Wettbewerb legte sie dar, es werde einen offenen, zweistufigen und internationalen Wettbewerb geben. Offen heißt, man müsse Architektin oder Architekt sein und es werde nicht eingeladen, denn das Ziel sei, etwas zu haben, was vielleicht alle noch nicht kennen. Zweistufig heißt, dass sich alle erst einmal beteiligen können und dann gibt es eine engere Auswahl und diese Gruppe von Architekturbüros gehe dann in die 2. Phase. Der Ablauf dieser Verfahren sei klar geregelt und wird von der Architektenkammer streng überwacht. In den nächsten Tagen werde eine Vorankündigung erfolgen und die Daten für die Auslobung, die Jurysitzung usw. bekanntgegeben. Mit der Beauftragung des Architekturbüros werde noch in diesem Jahr gerechnet. Die Stiftung sei sich des großen Informationsbedarfes bewusst. Alle eingereichten Entwürfe werden im Bauhausgebäude ausgestellt. Nach der Fertigstellung des Museums müsse überlegt werden, da man die anderen Bauten auch habe, wo die Schwerpunkte zu setzen sind. Wo zeigen wir was, wo informieren wir die Gäste und wie aktivieren wir diese Gebäude. Das Bauhaus werde auch wieder mehr Schule sein, weil es wieder mehr Platz zur Verfügung hat. Momentan gebe es ein Provisorium, einen Ausstellungsraum von ca. 400 m², das wieder ausgebaut wird, was Bedingung des Denkmalschutzes war. Für die Übergangszeit war der Ausstellungsraum aber wichtig, was man an der Ausstellung „Kunst der Schüler“ sehen kann.

Die Meisterhäuser sind wieder komplett im Ensemble. Sie sind nicht einfach zu bespielen, aber in ihrer Art und Weise interessant. Es bestehe viel Potential zur Weiterentwicklung.

Daraus entstand die Idee, angefangen mit den neuen Meisterhäusern und dem Werk von Olaf Nicolai, zeitgenössische, künstlerische, gestalterische, architektonische und kuratorische Positionen zum Bauhaus und speziell zu den Meisterhäusern dort zu sammeln und die Häuser Muche/Schlemmer in diesem Zusammenhang wieder als Residenzen zur Verfügung zu stellen für die Künstler, die in Dessau gastieren und mit uns an zeitgenössischen Positionen arbeiten. Gleichzeitig sei es wichtig zu verstehen, wie es damals in den 20iger Jahren war.

In den Häusern Klee&Kandinsky werde sehr genau an der damals geherrschte Atmosphäre gearbeitet. Abschließend verwies Frau Dr. Perren darauf, für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** dankte Frau Dr. Perren und überreichte ihr einen Blumenstrauß.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 17:00 Uhr

Nachdem der **Vorsitzendes des Stadtrates, Herr Ehm,** die anwesenden Einwohner darum bat, keine längeren Statements abzuhalten, sondern gemäß der Geschäftsordnung in aller Kürze Fragen zu stellen, ergriff **Herr Lingner, Vertreter einer Bürgerinitiative,** das Wort und verwies auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung des Stadtrates zum katastrophalen Zustand in der Daheimstraße und in der Lutherstraße aufgrund von Lärm und Schmutz. In der Mitteldeutschen Zeitung wurde deutlich dargestellt, worum es eigentlich geht, was dem Stadtrat auch schon Jahre vorliege. Ein Leipziger Fernsehsender habe das Angebot unterbreitet, eine Reportage zu drehen, was allerdings abgelehnt wurde, da man erst den Stadträten und der Stadtverwaltung die Möglichkeit einräumen wolle, diesbezüglich reagieren zu können. Furchtbar sei, dass es keine Resonanz seitens der Stadträte gibt. Er verwies auf ein Schreiben von Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, mit dem Inhalt, dass man das doch akzeptieren soll. An Herrn Stadtrat Otto gewandt, führte Herr Lingner aus, es gehörte sehr viel Mut dazu, dieses Unternehmen dort zu etablieren. Die Stadträte müssten begreifen, dass sich zumindest die Bedingungen, unter denen sie leben, verändern müssen. Deshalb werde die Bildung eines Runden Tisches gefordert, um dort z. B. über eine Verbesserung der Straße zu sprechen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, unterbrach Herrn Lingner mit der Bitte, konkrete Fragen zu stellen. Daraufhin stellte Herr Lingner an Herrn Ehm die Frage, warum er sich nicht dafür interessiert und den Leuten hilft. Das, was sie jeden Tag erleben sei nicht akzeptabel, weshalb er das verlangen könne, denn es sei auch gesundheitsschädlich. Der Unternehmer habe nur einen Teil von dem was notwendig ist gemacht. Er stellte an Herrn Oberbürgermeister Kuras die Frage, warum sich die Stadtverwaltung hier heraushält. Diesbezüglich erwartet er eine Antwort, die nur sein könne, eine Zusammenkunft anzuberaumen, aber nicht um zu sagen, dass alles nicht geht. Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, hat sich auch schon einmal damit befasst, jedoch warte er, Herr Lingner, bis heute noch auf eine Antwort.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, entgegnete, er könne in der Sache nicht viele Antworten geben, die bezüglich des geschilderten Problems weiterführend sind. Jedoch müsse er die Art und Weise, wie Herr Lingner öffentlich versucht hat, ihn in eine Ecke zu stellen, zurückweisen, da man miteinander geredet habe. Herr Lingner wisse, dass er, Herr Hoffmann, bei Herrn Lautenschläger wegen der Häuser war und er weiß auch, dass er sich um die Bildung des Runden Tisches bemüht hat. Es habe inzwischen ein Gespräch im Rathaus stattgefunden, weshalb Herr Lingner einen Terminvorschlag erhalten haben müsse. Es sei nicht wahr, dass er nicht reagiert habe, erklärte Herr Hoffmann weiter, denn man hatte sich sogar vereinbart, um das zu konkretisieren. Er hatte Herrn Lingner gebeten, mit ihm einen Termin zu vereinbaren, um gemeinsam mit der Bürgerinitiative in seinem Büro das zu besprechen. Jedoch warte er auf diesen Termin heute noch. Da er in dieser Sache gearbeitet hat, weise er das Ausschmieren in der Zeitung zurück.

Die Stadtverwaltung war nicht untätig gewesen, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung.** Zur Meinungsbildung fanden auch Ämterkonferenzen statt, was Herrn Lingner auch mitgeteilt wurde. Herr Lingner wurde zu einer Zusammenkunft am 12.03.2015 mit dem Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit, dem Umweltamt, dem Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geo-

dienste und dem Tiefbauamt eingeladen. Das Problem sei der Stadtverwaltung bewusst und es werde etwas getan, weshalb es nicht zielführend sei, wenn Herr Lingner den Eindruck erweckt, dass sich alle wegdrehen.

Herr Lingner bestätigte den Eingang des Schreibens von Herrn Pfefferkorn mit dem Hinweis: „Leider ist es der Stadtverwaltung nicht gelungen, bei Ihnen eine Akzeptanz der gegebenen Antworten zu erlangen." Alle gestellten Fragen wurden also ablehnt. Deshalb reiche es nicht aus, dass nur seitens der Stadtverwaltung jemand vertreten ist, sondern dazu gehöre auch die DWG, weil dort große Freiflächen entstanden sind, die bepflanzt werden müssen. Weiterhin gehe es um den Straßenzustand und zwei Häuser, die abrissfähig gemacht werden, indem dort Feuerwehrübungen stattfinden. Herr Oberbürgermeister Kuras habe von ihm, Herrn Lingner, Fotos erhalten, welche nach Aussage von der Sachbearbeiterin für Bürgeranliegen, Frau Trute, verschwunden sind.

Herr Ehm, **Vorsitzender des Stadtrates**, stellt fest, dass der von Herrn Lingner erwartete Runde Tisch am 12.03.2015 stattfindet. Es sei sicher kein Problem, diesen um die DWG zu erweitern. Herr Hoffmann hat ebenfalls seine Teilnahme zugesagt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, bat die fragenden Einwohner um Nennung des Namens und der Adresse, um eine schriftliche Antwort erteilen zu können.

Herr Jörg Buchta, wohnhaft in der Kavalierstraße 51 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Ausführungen von Frau Perren zu den 13 Standorten für das Bauhausmuseum, von denen letztlich 3 favorisiert wurden und stellte die Frage, was mit den anderen 10 Standorten passiert ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bedankte sich für die Frage und verwies auf eine Beantwortung durch Frau Perren bzw. durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Frau Gerlinde Lechler, wohnhaft in der Gropiusallee 3 bei Bayer in Dessau-Roßlau, ging auf die Denkmale in der Stadt ein und gab folgende Anregungen:

- Das sich im Ratssaal befindliche Wandbild sollte sichtbar gemacht werden,
- denkmalgeschützte Häuser sollten gekennzeichnet werden, denn nur die Post habe ein Denkmalzeichen, Touristen müssen aber denkmalgeschützte Häuser erkennen können,
- die Stelen sind veraltet und beschmiert.

Der Stadtpark als solcher sei ein Denkmal gewesen, so wie damals das Haus Neubert Denkmal war und nicht abgerissen werden sollte. Trotzdem habe man jahrelang gesagt, dass das der bevorzugte Standort für das Bauhausmuseum ist, was sie bis heute nicht versteht. Sie stellte die Frage, ob von der oberen Denkmalbehörde der Stadtpark im vorderen Teil nicht mehr Denkmal ist.

Frau Jahn, Leiterin des Planungsamtes, bestätigte, dass der Stadtpark ein Denkmal ist. Für das Bauhausmuseum werde Baurecht über ein Bauleitplanverfahren hergestellt. In dieses Verfahren wird auch das Landesamt für Denkmalpflege und

Archäologie einbezogen. Das sei keine Genehmigung, sondern eine Stellungnahme, welche im Rahmen aller eingehenden von Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange bewertet und vom Stadtrat beurteilt werden. Auf Nachfrage bestätigte Frau Jahn, dass im Rahmen eines solchen Bauleitplanverfahrens alle Denkmalbehörden, auch die untere Denkmalbehörde, beteiligt werden.

Frau Lechler bezog sich auf den § 10 der Hauptsatzung, welcher die Einwohnerfragestunde regelt. Hier werde ausgeführt, dass Angelegenheiten der Tagesordnung nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein dürfen. Da die Bürger nicht wissen was auf der Tagesordnung steht, sollte dieser Punkt gestrichen werden.

Das sei rechtlich nicht möglich, da die Stadträte vor der Beratung des jeweiligen Tagesordnungspunktes nicht beeinflusst werden dürfen, erklärte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates.** Im Übrigen wird die Tagesordnung 10 Tage vor der Sitzung veröffentlicht, so dass sich jeder damit beschäftigen könne.

Frau Lechler dankte Herrn Hantusch für die Antwort auf ihre Frage, wie viele Stellungnahmen es zu der Veranstaltung am 17. Juli 2014 gegeben hat, nachdem der Bebauungsplan offen lag. Er habe geschrieben, dass es 23 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gab, zudem wurde eine gegen den Standort gerichtete Petition eingereicht und von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen 37 Stellungnahmen vor. Frau Lechler war in der benannten Veranstaltung im Alten Theater anwesend, welche auch vom Offenen Kanal Dessau mitgezeichnet wurde. Die Diskussion wurde nach Aussage von Frau Jahn weggenommen, damit die Leute, die ab dem nächsten Tag sich äußern können, nicht beeinflusst werden. Es würde aber gesammelt und mit in die Auswertung eingehen. Frau Lechler fragte, wie viele das waren und ob diese in den 23 genannten Stellungnahmen enthalten sind. Des Weiteren verwies sie auf die Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Kuras, im Bauhaus, dass die 3600 Stimmen in der Petition gegen den Standort Stadtpark ihn sehr schockiert haben. Dazu gebe es noch Äußerungen von 326 Bürgern. Als Stellungnahme zu ihrem „Nein“ gab es 188 Hinweise zum Stadtpark sowie 156 alternative Standortvorschläge. Es wurden auch noch viele andere Dinge angesprochen. Sie stellte die Frage, wie diese Stellungnahmen mit einbezogen werden.

Mit dem Bauleitverfahren habe man ein förmliches Verfahren, erklärte **Frau Jahn.**
Die Bürgerversammlung war als Auftaktveranstaltung zur öffentlichen Beteiligung zu betrachten. In einem Bauleitplanverfahren ist derjenige, der einen Hinweis hat, natürlich verpflichtet, diesen auch schriftlich zuzuleiten. Diese Dinge werden dann entsprechend bewertet. Das seien die Angaben, die Frau Lechler in Ihrem Brief wiederfindet. Die Bürgerversammlung wurde inhaltlich aufgenommen und werde in die Abwägung mit einfließen. Was im Zusammenhang mit der Petition gelaufen ist, habe nichts mit dem Bauleitverfahren zu tun.

Frau Lechler bat um eine schriftliche Begründung, um das weiter klären zu können.

Vorbeugend für die nächste Stadtratssitzung wies **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** Frau Lechner darauf hin, ausschließlich 3 Fragen stellen zu können und nicht 3 Themenkomplexe mit je 10 Fragen. Fragen zu Themen die auf der Tagesordnung stehen, können nicht gestellt werden.

Herr Ginskey, Alte Leipziger Straße 13, Dessau-Roßlau, bezog sich auf den Bau des Bauhausmuseums im Stadtpark und stellte die Frage, wie man dort Baufreiheit schaffen wolle hinsichtlich der sich dort befindlichen Stele, der zu fällenden Bäume, der Behindertentoilette, der OdF-Gedenkstätte u. a.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die erfolgte Beschlussfassung und die Zuwendung in Höhe von 25 Millionen € für dieses Prestigeobjekt. Es sollte nicht an jeder Kleinigkeit genörgelt werden, denn die Fachleute werden dort etwas Ordentliches machen. Die Fragen von Herrn Ginzkey werden sicherlich alle ordentlich und zu seiner Zufriedenheit bearbeitet.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Bezüglich der Bitte von **Herrn Trocha, CDU-Fraktion,** etwas zum Stand der Ausstattung des Ratssaales zu sagen, legte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** dar, dass im Haushaltsplanentwurf 50.000 € für das Jahr 2015 für die Planung angemeldet wurden. Weitere 300.000 € wurden für die Umsetzung im Jahr 2016 für die Ausstattung des Ratssaales eingeplant. Die IT-Technik wird voraussichtlich erst im Jahr 2016 beschafft, weil die technischen Voraussetzungen für die Nutzung der IT-Technik erst in diesem Jahr geschaffen werden müssen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** erklärte sich mit diesen Aussagen nicht einverstanden, da er ausdrücklich im Juli vorigen Jahres auf die Ausstattung mit Möbeln, einfache IT-Technik und ein Abstimmungsgerät verwiesen hat. Es wurde gesagt, dass keine große Lösung, für die 50.000 € Planungskosten entstehen, notwendig ist. Er könne sich nicht vorstellen, dass mit den ursprünglich geplanten 80.000 € die gewünschten Arbeitsbedingungen für den Stadtrat nicht geschaffen werden können. Die Planung könne immer noch gemacht werden, ebenso zu schaffende Brandabschnitte u. a. Er bittet die Stadtverwaltung eindringlich, in diesem Jahr die Arbeitsbedingungen des Stadtrates, so wie gewünscht, zu verbessern.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, verwies auf die Markierung der Verkehrsführung an der Friedensbrücke. Hier müsse die weiße Sperrlinie überfahren werden. Um sich in der Dunkelheit besser orientieren zu können, sollte eine Trassierung vorgenommen werden.

Weiterhin legte er dar, dass ein Gastwirt aus Dessau-Nord ihn bezüglich der in den Nachtstunden nicht mehr besetzten Taxileitzentrale angesprochen hat. Dieser habe Probleme mit den Gästen, da er kein Taxi rufen könne. Deshalb stelle er die Frage, ob die Stadtverwaltung das beeinflussen könne.

Es werden zwar unsererseits die Tarife festgelegt, jedoch können die Taxis nicht gezwungen werden, eine unwirtschaftliche Dispatcherzentrale zu betreiben, erwiderte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck.** Der Presse konnte man entnehmen, dass in der Zentrale von Montag bis Freitag mitunter 5 Anrufe in der Nacht zur Vermittlung von Taxis eingingen. Es sei aber nicht richtig, dass man kein Taxi mehr rufen kann, denn es könne nach wie vor direkt ein Taxi gerufen werden, nur eben über die Zentrale nicht mehr.

Auf die Frage von **Frau Lüddemann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen,** wie viele Überlastungsanzeigen es von Mitarbeitern der Stadtverwaltung gibt, verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf die am 19.02.2014 stattfindende Personalversammlung, wozu es Aussagen geben werde.

Herr Hoffmann, **1. stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates,** verwies auf ein Winterhochwasser vor einiger Zeit im Bereich Beckerbruch, wo das Wasser noch stand, aber in der Elbe schon weg war. Die Ursache damals war, dass die Grabensysteme nicht funktionierten. Im Namen eines dort wohnenden Bürgers stellte er die Frage, ob das gesamte Grabensystem, einschließlich der Durchgänge, als erledigt angesehen werden kann. Wenn es noch offene Punkt gibt, stelle sich die Frage, welche Maßnahmen das sind und bis wann sie umgesetzt werden.

Des Weiteren ging Herr Hoffmann auf die neue Versorgung mit Fernsehen im Stadtgebiet ein. Weil bisher die Kosten noch Bestandteil der Mieten waren, war das über das SGB II und KdU abgedeckt. Jetzt werde das separat und nicht mehr über die Wohnungsanbieter abgewickelt, sondern laufe über die Datel. Er stellte die Frage, inwiefern die Kosten für Leute aus dem Bereich SGB II getragen werden.

Zur Qualität der Fernsehversorgung interessiere ihn, ob aufgrund der Häufigkeit und der Intensität auch anderen Leuten Hinweise gegeben wurden, dass die Einführung dieser Technik nicht ganz reibungslos verlaufen ist. Es gebe offensichtlich Abstimmungsprobleme mit anderen Anbietern und auch mit der Versorgung des Grundangebotes was die Qualität betreffe. Er fragte, ob das in der Stadt im Focus ist und wenn ja, wer sich damit beschäftigt. Im Rahmen der Umstellung auf das neue Fernsehangebot wurde sogar in laufende Verträge eingegriffen, was gar nicht gehe.

Herr Oberbürgermeister Kuras bezog sich auf das Problem der Leistungsbezieher, dass die mit der Datel abgeschlossenen Verträge nicht Bestandteil der Miete sind und damit nicht mehr erstattet werden und bemerkte, dass dieses Problem frühzeitig erkannt und besprochen wurde. Es wurden geeignete Informationswege gefunden, um noch einmal darauf hinzuweisen, dass bei Abschluss der Verträge eben darauf geachtet wird, ob jetzt nun ein solcher Fall vorliegt oder nicht. Die Vermieter können nicht darauf achten, weil sie aus Datenschutzgründen nicht wissen und auch nicht wissen sollen, wer von ihren Mietern Leistungsbezieher nach SGB II ist. In der Trägerversammlung im Jobcenter habe Herr Kuras auf Nachfrage die Aussage erhalten, dass zurzeit 30 Beschwerden vorliegen, was gemessen an der gesamten Zahl eher wenig sei. Diese Zahl könne sich noch erhöhen. Dann müsse man sehen, wie mit diesen Verträgen umgegangen wird. Gesetzlich sei nicht vorgesehen, dass solche Kosten getragen werden. Möglicherweise müssen Verträge entweder rückabgewickelt oder in ihrem Leistungsumfang reduziert werden. Die Qualität sei bisher in der Verwaltung nicht als Problem bekannt geworden.

Herr Dino Höll, Kaufmännischer Geschäftsführer der DVV, erhielt das Rederecht und führte aus, dass derzeit 200 Bürgerinnen und Bürger noch ein altes Fernsehkabel verwenden, was nicht doppelt abgeschirmt ist und dadurch auch das eine oder andere Bild vielleicht nicht so ist, wie es tatsächlich als Signal ankommt. Die Datel und somit die Stadtwerke, haben bis zu 18.000 Wohnungen per 1. Januar 2015 angeschlossen und jede dieser Wohnungen hatte am 1. Januar 2015 ein Signal in einer

besseren Qualität vorliegen. Die bestehenden Restprobleme werden jetzt zeitnah und schnell abgearbeitet.

Herr Hoffmann werde mit Herrn Höll ein persönliches Gespräch führen, bemerkte
Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates.

Auf die Anfrage zum Grabensystem Beckerbruch eingehend, führte **Herr Pfefferkorn, Amtsleiter Tiefbauamt,** aus, dass die Hochwassereinflüsse insoweit beseitigt wurden, dass das Abflussprinzip im Bereich Beckerbruch zurzeit funktioniert. Es gebe von Woche zu Woche natürlich immer ein ständiges Arbeiten, aber technisch sei es soweit in Ordnung.

Frau Perl, SPD-Fraktion, appellierte an den Oberbürgermeister und an die Fraktionsvorsitzenden, sich zukünftig mehr um die Jugendarbeit in dieser Stadt zu kümmern. Die gestern stattgefundene Sitzung des Jugendhilfeausschusses habe sie als unwürdig empfunden. Im Interesse der Jugend und die Zukunft dieser Stadt dürfen sich solche Sachen nicht wiederholen. Sie möchte diesbezüglich nicht ins Detail gehen, da sich jeder beim zuständigen Beigeordneten erkundigen könne.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich auf eine im November 2014 gestellte Frage an Herrn Hantusch in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zur Breitbandversorgung in Dessau, außerhalb der Bereiche, die von den 3 Wohnungsunternehmen mit der Datel betrieben werden. Es gebe aber Standorte, wo erhebliche Defizite bestehen, insbesondere auch in Gewerbegebieten, wo ein schnelles Internet erforderlich ist. Auf diese Anfrage habe er nach 3 Monaten eine Antwort von Herrn Hantusch erhalten, die ihn wütend gemacht habe. Er zitierte aus dem Antwortschreiben: „Um eine erste Abschätzung des Aufwandes der mit Ihrer Anfrage eingehenden Beantwortung respektive des Aufzeigens von Lösungsmöglichkeiten vornehmen zu können, haben die Wirtschaftsförderung und ich Gespräche in der Staatskanzlei und in der DVV geführt. Eine Übernahme eines neuen und umfassenden Projektes durch die Wirtschaftsförderung ist aufgrund der schwierigen personellen Situation und der vom Oberbürgermeister festgelegten Organisationsuntersuchung in der Wirtschaftsförderung leider nicht möglich.“

Im November hat die Volksstimme darüber berichtet, dass in der Stadt Dessau ein absoluter Notstand herrscht. Damals wurde Dessau beschrieben mit einem Versorgungsgrad von etwa 2 %, Halle und Magdeburg hatten 58 %. Das habe sich sicherlich geändert, aber er stellt fest, dass Herr Hantusch in dieser Hinsicht völlig versagt hat. Schon bei dem Abschluss des Projektes mit der Datel und den 3 Wohnungsunternehmen hätte er für den Rest der Stadt tätig werden müssen. Es gehe hier vorwiegend um die Initiierung von privaten Investitionen. Selbst kleine Gemeinden in unserer Umgebung haben schon eine hervorragende Anbindung. Diese Situation finde er skandalös, da das für die Wirtschaft und die Einwohner von großer Bedeutung ist.

Herr Dr. Melchior merkte weiterhin an: „Ein Mensch, der liest, ist ein Leser. Ein Mensch, der fährt, ist ein Fahrer. Ein Mensch, der versagt, … Diese Schlussfolgerung würde die Situation an dieser Stelle nur unzureichend wiedergeben. In Wirklichkeit ist Herr Hantusch ein Gewinner. Keiner traut ihm mehr etwas zu, keiner erwartet

was von ihm, aber er bekommt viel Geld. Verlierer ist die Stadt, weil sie an dieser Stelle jemanden hat, der versagt. In Köln würde man gerade an dem heutigen Tag wahrscheinlich sagen: ´´Wollen wir ihn rauslasse´´. Antwort ´´Ja´´. Unsere Fraktion wird in ihren Fraktionsräumen ein Bandmaß aufhängen. Er halte das für außerordentlich problematisch."

Herr Dr. Melchior stellte abschließend an den Oberbürgermeister die Frage, wer dafür verantwortlich ist, wenn die Wirtschaftsförderung und das Dezernat diese Aufgaben nicht erledigt und wie mit derartigen Projekten weiter umgegangen wird.

Er distanziere sich öffentlich von der Art und Weise dieser Auseinandersetzung, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.** Er sehe einen Bruch in der Übereinkunft, den Übergang in eine neue personelle Situation vernünftig zu gestalten. Das Anliegen selbst sei unstrittig ein großes Problem und bedarf der dringenden Lösung, aber diese Umgangsformen dienen nicht der Problemlösung, sondern schaffen neue Gräben. Wenn es zukünftig weiter solche Affronts gibt, sei man nicht mehr gewillt, sich dem erreichten Konsens zu stellen. Die Art und Weise, Leute öffentlich in dieser Form vorzuführen, gehöre nicht zum Stil der Linken in diesem Stadtrat.

Er wolle auf diese Frage mit der gebotenen Sachlichkeit antworten, merkte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an. Am 13.02.2015 hat ein Gespräch mit Herrn Struhkamp aus der Staatskanzlei stattgefunden. Zum Stand der Förderrichtlinien, welche im Land Sachsen-Anhalt lange überlegt und neu konzipiert wurden, habe es von Herrn Struhkamp Erklärungen gegeben. Herr Oberbürgermeister Kuras schilderte die notwendigen Arbeitsschritte und nach welchen Prinzipien dort vorgegangen wird, um diesen Zustand zu ändern, um möglichst viel schnelles Internet hier in die Stadt zu holen. Es gab zunächst die Aussage, dass 110 Mio. € aus dem EFRE-Strukturfonds dem Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung stehen, um den Ausbau des schnellen Internets zu fördern. Insbesondere gehe es um Gewerbegebiete, um die Unternehmen in der Stadt, die auf ein schnelles Internet angewiesen sind. Es gehe aber auch um schlecht erschlossene Wohngebiete innerhalb unserer Stadt. Das Prinzip ist, zunächst ein sogenanntes Marktversagen festzustellen, um dann mit Fördermitteln diese sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke auszufüllen. Diesen Weg beschreibend, führte Herr Oberbürgermeister Kuras aus, dass die Stadt zunächst aufgefordert wurde, die Gewerbegebiete zu benennen, die in erster Linie erschlossen werden müssen. U. a. werde die Datel sagen, welcher Erschließungsgrad vorliegt und wie die Situation ist. Parallel soll eine Aufgabenstellung erarbeitet werden. Hier bediene man sich einem privaten Dienstleister, der bei dem Gespräch dabei war und vom Land zugelassen ist, um hier tätig zu werden. Für die Nachbarlandkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg hat er bereits solche Machbarkeitsstudien angefertigt, welche praktisch eine Schilderung der Problemlage darstellt. Danach folge die Marktkonsultation. D. h., die Unternehmen aus dem Telekommunikationsbereich werden angeschrieben und müssen sagen, was sie vorhaben. Dann werde zusammengetragen, wie der Markt die schlechte Situation bereinigen möchte. Aus dieser Marktkonsultation wird eine Studie mit einem Netzkonzept erarbeitet. Diese Studie benennt dann die Gebiete, die erschlossen werden sollten, worüber zwingend ein Beschluss des Stadtrates herbeizuführen ist, da ansonsten das Land gehindert ist, die Fördermittel zu bewilligen. Anschließend werden die Problemgebiete ausgeschrieben, was ebenfalls zwingend vorgeschrieben ist. Das werde nicht als ein sogenanntes „Inhousegeschäft" im Sinne des europäischen Beihilferechtes gesehen, wo man eigentlich einen stadteigenen

Betrieb mit einer Aufgabe beleihen kann, sondern es wird klar gesagt, dass es keine Frage der Daseinsvorsorge ist. Man bewege sich hier am Markt und müse mit den üblichen Marktinstrumentarien arbeiten. Die Bieter müssen dann einen Investplan und einen Erfolgsplan vorlegen, wo dargestellt wird, welche Arbeiten erfolgen müssen, um diese Anschlüsse herzustellen. Der letzte Schritt sei dann, dass diese Ausschreibung entschieden wird und die Firmen mit dem Fördergeld diese Anschlüsse tätigen.

Eine Vorfinanzierung durch die Stadt könne nicht ausgeschlossen werden. Durch das zu verpachtende Passivnetz werde es Einnahmen geben, was mit vernünftigen Kreditbedingungen vertretbar ist. Diese Vorgehensweise sei nicht unkompliziert. Es bleiben aber Aufgaben, die zwingend in der Stadtverwaltung gemacht werden müssen.

Das Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing sei in der Tat personell unterbesetzt, weshalb man sich auch im Haupt- und Personalausschuss auf die Durchführung einer Organisationsüberprüfung verständigt hatte. Mit einem Ergebnis wird in wenigen Wochen gerechnet. Dann müsse entschieden werden, wie mit dem Ergebnis umgegangen wird. Ein großer Teil der im Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing vorhandenen Arbeitskapazität werde schon durch andere Projekte gebunden, deshalb schließe er eine Umverteilung des Personals nicht aus. Man müsse sich dieser wichtigen Aufgabe stellen, jedoch sei das mit der vorhandenen Personalausstattung nicht leicht.

Die Breitbandversorgung in der Stadt hat sich verbessert. Herr Oberbürgermeister Kuras zitierte Herrn Struhkamp:
„Dessau ist ein Breitbandparadies“. Der jetzige Grad an Anschlüssen sei im Landesmaßstab sehr hoch, weil die Datel das mit den Fernsehanschlüssen gemacht und damit gleich das Internet mit angeschlossen hat. Die Stadt sei noch nicht am Ziel ihrer Bemühungen. Die Unternehmen brauchen zwingend ein schnelles Internet, um überleben zu können. In ganz dringenden Fällen könne man auch außerhalb des Verfahrens, nach Aussagen von Herrn Struhkamp schneller zu „Potte“ kommen, denn da gehe die Förderung über die GRW (Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur) mit einem 80 %igen Fördersatz, was praktisch die Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sei.

Die Kollegen der Stadtwerke und der Datel waren bei dem Gespräch mit anwesend. In manchen Dingen, die diesen Vorgang betreffen, könne man sich der Hilfe bedienen, was aber klare Grenzen habe, wie z. B. bei der Ausschreibung, denn es dürfen keinerlei Anhaltspunkt dafür geboten werden, dass wir unser kommunales Unternehmen in irgendeiner Weise bevorteilen.

Er sei in jedem Fall gegen persönliche Beleidigungen und Angriffe, stellte **Herr Tondorf, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen,** fest. Weiterhin verwies er auf die beschlossene Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Luchplatz am 17.12.2014, weil hier der zentrale Versorgungsbereich weiter entwickelt werden soll. Das Ziel war, die planungs- und städtebaurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und die Bauleitplanung eines Investors dort in Gang zu bringen.

Für die Änderung des Bauleitplanes war eine Auslegungszeit von 14 Tagen vorgesehen (vom 07. – 23.01.2015). In Roßlau war man erstaunt, dass deutlich vor Beginn dieser Auslegung auf dem beabsichtigten Baugrundstück schon ein Kahlschlag sämtlicher Bäume erfolgt ist. Des Weiteren haben sie erfahren, dass das Stadthaus 2 auch in naher Zukunft abgerissen werden soll. Er stellte die Frage, ob schon vor Abschluss der Bauleitplanung der Investor durch das Abholzen und den Abriss des ehemaligen Stadthauses 2 Tatsachen schafft, die einen negativen Bescheid für die Bauanfrage ausschließen.

Er wisse nicht, wer diese Abholzaktion veranlasst hat, es werde aber geklärt, bemerkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung.**

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, ging auf die Rede von Herrn Dr. Melchior ein, die er so nicht gehalten hätte. Jedoch habe er während seiner Rede gemerkt, wie sehr sich Herr Dr. Melchior über das Vorgefallene geärgert hat, was er wiederum verstehen könne, denn gerade zum Internet bekommen die Stadträte Anfragen von Wirtschaftstreibenden und von Bürgern. Wenn dann auf Anfragen, die Fristen enthalten, keine Antworten erteilt werden, wo man nachhaken muss und dann ein solcher „Schwall ins All“ als Antwort kommt, gehe einem der Blutdruck hoch und dann ist man natürlich auch in einer schwierigen Situation nach draußen. Er sei froh, dass er jetzt Ausführungen gehört hat, die er auch Leuten gegenüber äußern kann. Wo die Grenze zwischen satirischer Überhöhung und Beleidigung ist, müsse jeder selber wissen. Man wollte niemanden persönlich beleidigen, sondern nur den Unmut darüber äußern, dass eine Anfrage nicht beantwortet wurde. Eigentlich stehe den Stadträten eine anständige Antwort zu.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, erwiderte, es sei richtig, dass Herr Dr. Melchior die Anfrage im Bauausschuss gestellt hat. Diese wurde aufgenommen und trotz schwieriger personeller Ausstattung versucht, dieses Feld zu eruieren. Er, Herr Hantusch, hatte mit der Staatskanzlei gesprochen und eruieren lassen, wer schon welche Gespräche geführt hat. Aus diesen Gesprächen, Ermittlungen und der Kurzanalyse konnte festgestellt werden, dass bei näherer Betrachtung des Themas das sehr umfangreich ist. Als man im Prozess war, die Wohnungsunternehmen und die Gewerbeflächen zu eruieren usw. wurde Herrn Dr. Melchior auf Nachfrage eine Zwischeninformation gegeben mit dem Inhalt, dass dieses umfassende Thema zur Zeit nicht bewältigt werden kann, aber auch, dass der Oberbürgermeister dieses Thema an sich gezogen hat und weiter eruiert. Die vom Oberbürgermeister genannten Informationen sind in der letzten Woche erst bekannt geworden. Er sehe bezüglich der gegebenen Zwischeninformation nichts Anrüchiges. Er verstehe diesen Unmut nicht. Auf das vorgetragene Niveau lasse er sich in dieser Stadt nicht mehr herab.

Abschließend berichtete **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** über den Ausgang eines Klageverfahrens gegen den Stadtrat und seinen Vorsitzenden. Am 11. Juli 2012 tagte der Stadtrat zu einer Sondersitzung „Masterplan Bauhausstadt“. Am 15. August 2012 hat Herr Stadtrat Dreibrodt eine Klage mit 4 Klagepunkten beim Verwaltungsgericht in Halle eingereicht. Diese Klage wurde am 2. Dezember 2014 vor der 6. Kammer des Verwaltungsgerichtes Halle vor 3 Berufsrichtern und 2 ehrenamtlichen Richtern verhandelt. Anwesend waren Herr Dreibrodt und Herr Stadtrat Dreibrodt sowie sein Rechtsbeistand, der ehemalige Vorsitzende des Stadtrates,

Herr Dr. Exner, zugleich vom Stadtrat als Rechtsbeistand entsandt und Herr Ehm als derzeit amtierender Stadtratsvorsitzender. Im Urteil heißt es, dass die gegen den Beklagten zu 1 gerichtete Klage abgewiesen wird. Der Stadtrat wurde in den angeklagten Punkten freigesprochen. Das betrifft die Sitzung, wo Herr Dreibrodt gegen den Beschluss der Tagesordnung geklagt hat und den Beschluss zum Masterplan Bauhausstadt Dessau. Beides ist ohne Einschränkung rechtsgültig. Weiterhin wird im Verhältnis zu dem Beklagten zu 2. festgestellt, das betrifft Dr. Exner in seiner damaligen Funktion als Stadtratsvorsitzender, dass die Nichtbehandlung des vom Kläger vorgelegten zweiten und dritten Änderungsantrages zur Beschlussvorlage rechtswidrig gewesen ist. Im Übrigen wird gegen den Beklagten die zu 2. gerichtete Klage abgewiesen. Der Stadtrat ist also in allen Punkten freigesprochen worden. Das vorliegende Urteil könne im Rechtsamt eingesehen werden.

8 Beschlussfassungen

8.1 Erklärung des Stadtrates - Beitritt zum Aufruf des Netzwerkes Gelebte Demokratie
Vorlage: BV/012/2015/V-StR

Herr Grey, NPD, zitierte den Artikel 146 des Grundgesetzes: „Das Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Dazu sagte Herr Schäuble am 18.11.2011: „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt souverän gewesen.“ Auch Herr Gysi äußerte am 08.08.2013 bei Phoenix, dass das Besatzungsstatut immer noch gilt. Das sehe er als Einleitung hinsichtlich Lügen und Verfälschungen. Weiter wolle er sich an dieser Stelle nicht einlassen, da wir angeblich in dem freisten Deutschland leben, das es jemals gab und an einem Punkt angelangt sind, wo man für sogenannte Meinungsdelikte länger hinter Gitter wandert als Schwerkriminelle, Sexualstraftäter oder Kinderschänder.

Im Jahr 2013 sagte eine Frau während einer Feierrunde vor ca. 15 Zeugen, die nicht wusste, wo sie ihn, Herrn Grey, einordnen sollte: „Ich musste nach Dessau zur Demo gegen die Nazis gehen, weil mein Arbeitgeber angeordnet hatte, dass jeder, der an diesem Tag nicht zum Dienst eingeteilt ist, dort zu erscheinen hat.“ Dieses Thema werde weiter verfolgt und weitere Beweise zusammengetragen. Wenn die Stadt, auch in Person des Oberbürgermeisters, sich dafür hergibt, gegen Andersdenkende vorzugehen, indem sie zu Spenden und Aktionen gegen bestimmten Veranstaltungen und Gruppen aufruft, verletze sie das Neutralitätsprinzip, was an anderer Stelle auszuwerten sein wird. Die NPD, als eine national denkende und fühlende Partei, werde sich an diesem Schmierentheater nicht beteiligen. Originale SED-Nachfolger mögen an einer neuen geistigen Mauer bauen, doch ihn persönlich haben weder der Staatsbürgerunterricht in der DDR, noch die Umerziehungsversuche der heutigen Sprösslinge der sogenannten Frankfurter Schule, verbogen. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage in Osteuropa wolle man sehen, wie lange die Geschichte der Sieger noch aufrechterhalten werden kann. Er persönlich werde am 7. März 2015 auf die Straße gehen, jedoch nicht auf Seiten der Stadt, sondern auf Seiten derjenigen, die aufrichtig um die Opfer einer sinnlosen Tat in den letzten Kriegstagen trauern.

Weil in unserer Stadt kein Platz für Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Gewalt in jeglicher Form ist, werde die **Fraktion der AfD** diesen Aufruf unterstützen, betonte **Frau Benkenstein.**

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 45:01:00

8.2 Wahl von stimmberechtigten Abgeordneten und Gästen für die Teilnahme an der 38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 09.-11.Juni 2015 in Dresden
Vorlage: BV/384/2014/I-OB

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, Einreicher ist der Oberbürgermeister, denn den Begriff federführend gebe es in der Kommunalverfassung zur Vorlage einer Beschlussvorlage nicht. Weiterhin ist in der Anlage klar formuliert, wie die Delegierung zu erfolgen hat. Demnach sind die beiden stärksten Fraktionen gemäß dem Vorschlag mit einer entsprechenden Delegierung zu untersetzen. Die Gäste sind dann aus den Reihen der verbleibenden Fraktionen zu wählen. Insofern sei die Vorlage nicht ganz konform zwischen der Seite 1 und der Seite 3.

In offener Abstimmung wurden folgende stimmberechtigte Abgeordnete und Gäste (ohne Stimmrecht) zur Teilnahme an der 38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages bestimmt:

Abgeordneter: Herr Heinz Bierbaum, Fraktion CDU
Abgeordneter: Herr Lutz Fessel, Fraktion Die Linke

Gast: Herr Hendrik Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen
Gast: Frau Angela Müller, Fraktion SPD

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 44:00:02

8.3 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes zur überörtlichen Kommunalprüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt „Neubau Ausstellungszentrum Bauhaus Dessau“
Vorlage: BV/013/2015/I-OB

Die NPD ist nicht gegen das Bauhausmuseum, jedoch müsse die Kultur sich auch dem finanziell Machbaren anpassen, legte **Herr Grey** dar. In einer Stadt, in der die finanzielle Lage ständig dafür sorgt, dass einiges auf der Kippe steht, können keine Schlösser gebaut werden. Der Landesrechnungshof sagt in seinem Bericht, dass die geschätzten Kosten nicht abschließend betrachtet wurden, kostenerhöhende Faktoren aus Gebäudekonstruktion und Baufeld nicht ausreichend berücksichtigt wurden und mit Kostenstand von 2014 (ca. 29,8 Mio. €) sich schon jetzt eine Überschreitung um 19% ergeben würde. Die Hauptbegründung der Stadt, mit dem Bauhaus angeb-

lich ein weltweites Alleinstellungsmerkmal zu haben, erscheine als Erklärung für die Bevölkerung nicht vermittelbar. Deshalb sollte das Projekt Bauhausmuseum so angepasst werden, dass der Finanzrahmen eingehalten wird. Auch eine unentgeltliche Überlassung des Grundstückes im Stadtpark, wie in der Stellungnahme auf der Seite 3 der Beschlussvorlage dargestellt, komme für die NPD nicht infrage.

Herr Grey stellte folgende Fragen:

- Wer trägt die Kosten, wenn die Fördersumme von 25 Mio. € überschritten wird,
- wer trägt die Kosten, wenn die Zuschüsse der Landesregierung zu den Bewirtschaftungskosten überschritten werden,
- wer trägt die Kosten für den Straßenumbau im Bereich Stadtpark für das Bauhausmuseum.

Er habe dem Beschluss für den Standort Stadtpark nur aufgrund der im letzten Jahr getroffenen Aussage, dass die Stadt lediglich einen Standort für das Bauhausmuseum vorschlägt, die Entscheidungshoheit darüber und die Finanzierung aber bei der Stiftung liegen, zugestimmt, erklärte Herr Grey. Nach dem Bericht des Landesrechnungshofes und der dazugehörigen Stellungnahme habe er Zweifel, dass für die Stadt und ihre BürgerInnen keine finanziellen Belastungen in größeren Dimensionen auftreten werden. Da diese Stellungnahme des Landesrechnungshofes seine Befürchtung nicht hinreichend ausräumt, könne er dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf die ausführliche Behandlung der umfangreichen Beschlussvorlage in der Fraktion. Im Ergebnis werden keinerlei Differenzen gesehen, weshalb der Beschlussvorlage zugestimmt werden könne.

Frau Benkenstein, Fraktion AfD, führte bezüglich der Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass in der Stadt viele Bürger pessimistisch in die Zukunft schauen, aus, dass die Bürger eher Vorsicht an den Tag legen, weil vielleicht in der Vergangenheit versprochene Dinge nicht eingehalten wurden, was zukünftig anders gehandhabt werden sollte. Die Fraktion werde deshalb das gesamte Projekt positiv, aber kritisch begleiten und der Beschlussvorlage heute zustimmen.

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 45:01:00

8.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für den Zeitraum 1. Dezember 2014 bis 31. Januar 2015 Vorlage: BV/021/2015/I-OB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

8.6 1. Änderung der Abfallgebührensatzung und Entgeltordnung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/008/2015/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 45:01:00

8.7 Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses zur Begleitung des Sanierungskonzeptes des DRHV 2006 e.V./ Sportmarketing Dessau-Roßlau GmbH
Vorlage: BV/026/2015/V-40

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies zunächst darauf, dass der Oberbürgermeister nicht die Federführung habe, sondern Einreicher der Vorlage ist. Der Punkt 1 des Beschlussvorschlages werde akzeptiert. Gemäß Punkt 2 sei die Kommunalverfassung anzuwenden, weshalb der Vorsitzende nach dem Zugriffsverfahren zu wählen ist und nicht aus der Mitte der dem Ausschuss angehörenden Stadträte.

Dieses Thema wurde ausgiebig erörtert, stellte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** fest. Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, hatte ausgeführt, dass es kein Ausschuss nach der Hauptsatzung ist. In der Hauptsatzung ist die Bildung der Ausschüsse und das Verfahren zur Verteilung der Vorsitze nach Hare-Niemeyer geregelt. Dieser zeitweilige Ausschuss wird mit einer Beschlussvorlage gebildet. Die Stadträte sind frei in der Entscheidung, wie er hinsichtlich der Anzahl der Sitze, der Größe und der Wahl des Verfahrens über den Vorsitz, gebildet wird.

Herr Hernig, Fraktion AfD, beantragte folgende **Aufgabenerweiterung** des beratenden Ausschusses: „Der Ausschuss muss als Kontrollgremium eingesetzt werden mit den Rechten, Zugriff auf alle Buchungsunterlagen, Vertragsunterlagen und Kreditverträge des DRHV und der Sportmarketing Dessau-Roßlau GmbH zu erhalten. Die Abwicklung, Prüfung und Begleitung müsse in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung zeitnah erfolgen. Eine weitere Zahlung sei von der kurzfristigen Einsichtsgewährung abhängig zu machen, um die zeitnahe Sanierung des Vereins umzusetzen und gesetzeskonform zu gestalten."

Begründend legte er dar, da er keine Auskunft von der Stadt, vom Verein und der GmbH bekommen hat, habe er selbst nachgeforscht und verweise auf einen MZ-Artikel aus dem Jahr 2009, wo der Präsident zitiert wird, dass der Verein zum 31.12.2008 ein Minus in Höhe von 138.000 € in der Bilanz habe, was keine offenen Forderungen, sondern Altlasten seien. Weiterhin stand im März 2009 in der MZ: „Der Etat für die nächste Saison beträgt 650.000 €. Voraussichtlich zum Juni 2010 wird der Verein schuldenfrei sein. Der DRHV-Führung ist es binnen eines Jahres gelungen, die Schulden des Vereins um 234.000 € zu minimieren."

Herr Hernig stellte die Frage, wie es sein könne, dass in der Begründung des Antrages vom 09. Oktober 2013 von Gesamtverbindlichkeiten des Vereins und der Marketing GmbH in Höhe von 372.248 € gesprochen und in der Anlage 1 des Beschlussvorschlages auf Altschulden Bezug genommen wird.

Wenn Ende 2008 die Altschulden 138.000 € betrugen, können es im Oktober 2013 keine 372.248 Altschulden sein. Seit Oktober 2014 habe er versucht, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Die vorgelegten Unterlagen waren jedoch undurchsichtig. Trotzdem wurde im Stadtrat beschlossen, Mittel zur Verfügung zu stellen. Man habe auf Vertrauen gebaut, weil im Stadtrat plötzlich der Jahresabschluss für das Jahr 2013 aufgetaucht ist, den man als beschließendes Organ bis heute nicht bekommen habe. Es bestehe die Pflicht, wenn der Stadtrat beschließt, auch Einblick in die Unterlagen zu bekommen. Bezüglich seiner Anfrage, welche von Herrn Dr. Raschpichler an den Vorstand und an die GmbH weitergeleitet wurde, sich zusammenzusetzen, um eine Einigung zu finden, sei nichts passiert. Selbst die Spieler fragen, warum nichts passiert und wollen das geklärt haben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprach sich gegen den Antrag aus, da es um die Bildung des Ausschusses und nicht um die Aufgabenstellung geht, was seitens des Stadtrates klar definiert wurde und Bestandteil des Protokolls sei.

Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales, ging auf die Bitte zur Einsichtnahme in die Unterlagen des Vereins und der GmbH ein. Diese Bitte habe er weitergeleitet, jedoch sei ihm nicht bekannt, dass eine GmbH verpflichtet ist, Stadträten Einsicht in interne Unterlagen zu gewähren. Es wäre aber kooperativ, wenn der Verein und die GmbH von sich aus das Angebot des zeitweiligen Ausschusses annehmen würden und ihm die Unterlagen offenlegen. Das wäre ein Apell auf Kooperationsebene. Insofern sollte der Ausschuss jetzt gebildet werden. Der Verein wäre gut beraten, dort Transparenz walten zu lassen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, verlas den von Herrn Hernig eingereichten Änderungsantrag und verwies auf diesbezügliche juristische Fragen. Er sei sich nicht sicher, ob alle geforderten Dinge rechtlich möglich sind. Deshalb übergebe er diesen Text dem zu bildenden Ausschuss als **zu prüfenden Arbeitsauftrag,** denn es beeinflusse den Beschlussvorschlag zur Bildung des Ausschusses nicht.

Mit dieser Verfahrensweise erklärte sich **Herr Hernig, Fraktion AfD,** einverstanden.

Der **Änderungsantrag** zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages, den **Ausschussvorsitzenden nach Zugriffsrecht** zu wählen, wurde mehrheitlich **abgelehnt** (10:33:03)

Dem **Änderungsantrag** zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages, **zuständig** für den **Ausschuss ist der Oberbürgermeister**, wurde mehrheitlich **zugestimmt** (41:01:04)**.**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, bat die Stadträte darum, in der Beschlussvorlage Federführung durch Einreicher zu ersetzen, weil nur der Oberbürgermeister und die Dezernenten berechtigt sind, Vorlagen einzureichen. Die Mitglieder des gebildeten Ausschusses sollten darauf achten, dass der Arbeitsauftrag der Fraktion AfD mit in die Beratung einbezogen wird.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

8.8 1. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15 - 2018/19
Vorlage: BV/277/2014/V-40

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 45:01:00

8.9 Gesamtmaßnahmebeschluss
Ersatzneubau Schwimmhalle in Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/382/2014/VI-65

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm,** beendet.

Dessau-Roßlau, 13.03.15

_____

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat Schriftführer